

Neues Hoffen in den UN-Camps

Schritte zur Lösung des Flüchtlingsproblems zwischen Bhutan und Nepal

Thomas Berger

Für eines der drängendsten Probleme des Subkontinents scheint sich eine Lösung anzubahnen - die Flüchtlingsfrage zwischen Nepal und Bhutan. Dreitägige Regierungsverhandlungen kurz vor dem Jahreswechsel brachten zumindest eine grundsätzliche Einigung über die nächsten Schritte.

Wieviel es genau sind, vermag niemand zu sagen. Von 90.000 sprechen die einen Quellen, andere gehen sogar von deutlich über 100.000 Menschen aus. Doch im Detail ist das eher unerheblich - auf alle Fälle sind es unzählige, die ab Ende der 80er Jahre und vor allem 1990 als offizielle Nicht-Bhutanesen ihr Heimatland verlassen haben. Seither leben sie in mehreren riesigen Lagern des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge im Osten Nepals, geduldet von den dortigen Offiziellen, doch im Grunde genauso unerwünscht wie zuvor in Bhutan. Zehn Gesprächsrunden hatte es schon zwischen beiden Seiten gegeben, um eine Einigung über das weitere Schicksal von Zehntausenden zu erzielen. Doch immer trennten sich die Verhandlungsführer mehr oder weniger ergebnislos. Beim weihnachtlichen erneuten Zusammentreffen in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu wurden nun erstmals Nägel mit Köpfen gemacht, was auch in den Flüchtlingslagern wieder die Hoffnungen auf eine wie auch immer geartete Lösung geweckt hat.

Drei Tage tauschten Nepals Außenminister Chakra Prasad Bastola und sein bhutanesischer Amtskollege Jigme Y. Thinley ihre Ansichten zum Problem aus und kamen schließlich zur Einsicht, eine gemeinsame Kommission zur Erfassung der Betroffenen ins Leben zu rufen. Eineinhalb Wochen später, am 5. Januar, stellte sich das Gremium der Öffentlichkeit vor. Geführt wird das Expertenteam von Usha Nepal aus dem Innensekretariat von Kathmandu, auf bhutanesischer Seite ist Sonam Tenzin, Direktor des Innenministeriums, mit von der Partie. Acht Lager wollen nun die Kommissionsmitglieder bereisen, um sich vor Ort ein Bild von der Lage zu machen. Mit den Erkenntnissen dieser Reise sollen dann weitere Details einer möglichen Repatriierung ausdiskutiert werden.

Mit aller Macht sträubt sich das offizielle Thimpu gegen eine Rückkehr des Großteils der Flüchtlinge. Nicht umsonst hatte man sie dereinst rücksichtslos aus dem Lande vertrieben - die vornehmlich dem Hinduismus angehörenden Familien früherer nepalesischer Herkunft gelten als Störfaktor für das fragile ethnische Gemisch in Bhutan. Als immer mehr verarmte Neubürger aus den Süddeilen des Nachbarlandes nach Bhutan strömten und schließlich rund die Hälfte der dortigen Bevölkerung stellten, zog die Regierung die Notbremse. Thimpus Beamte wiesen all jene aus, die nicht einwandfrei ihre landeseigene Identität beweisen konnten, Tausende andere flohen von sich aus vor drohenden Übergriffen. Die Öffentlichkeit auf dem Subkontinent und vor allem rund um den Erdball vergaß indessen schnell die humanitäre Katastrophe, haben die Flüchtlinge doch keine prominenten Anwälte, niemanden von Rang, der für sie medienwirksam die Stimme erhebt. Wer schon so in Europa von der Existenz Bhutans kaum etwas weiß, dem ist auch unbekannt, daß sich mit Bhutan ein Staat völkerrechtswidrig eines Großteils seiner Bürger entledigt hat und diese seit einem Jahrzehnt unter oft unmenschlichen Bedingungen in Lagern ihr Dasein fristen läßt.

Auch die offiziellen Gesandten werden nun mit der Situation in den Camps konfrontiert werden, wo in der Vergangenheit wiederholt die Gefahr des Ausbruchs von Seuchen und Epidemien bestand. Auch hat sich dort nach rund zehn Jahren, die die meisten Betroffenen in den Zeltstädten schon leben, eine gewisse Resignation breitgemacht. Bhutan hatte bisher vor allem darauf gedrungen, jeden der Flüchtlinge einzeln zu erfassen, was weitergehende Einigungsbestrebungen torpedierte. Der Weihnachten 2000 erzielte Kompromiß sieht nun gemäß nepalesischer Forderung vor, nur anhand

der Familienoberhäupter die Eingliederung in die einzelnen Kategorien vorzunehmen und die Rückkehr eines Teils der Menschen vorzubereiten. Schon 1993 hatten sich beide Staaten auf die folgenden vier Einstufungen verständigt: Gewaltsam Vertriebene, freiwillig Ausge-reiste, Kriminelle und Nicht-Bhutanesen. Thimpus Gesandte, so die Befürchtung bei Betroffenen und unabhängigen Menschenrechtsgruppen, die auch während der dreitägigen Gespräche vor dem Verhandlungsgebäude in Kathmandu demonstrierten, werden nun möglichst viele in die vierte Kategorie einordnen wollen. Von der weiteren Hartnäckigkeit Nepals und der internationalen Öffentlichkeit wird es abhängen, wievielen der Flüchtlinge späte Gerechtigkeit wieder-fährt.

Jedes der Länder hat gute Gründe für seinen Standpunkt. Nepal, geplagt von neuer politischer Instabilität, wirtschaftlichen Sorgen und dem maoistischen Guerillakrieg in weiten Gebieten des Landes, möchte die Lager in seiner östlichen Region so bald wie möglich reduziert oder gar völlig geräumt sehen. Bhutan wiederum ist nichts daran gelegen, sich die gleichen Schwierigkeiten wieder aufzuladen, denen man 1990 mit der radikalen Ausweisung aus dem Weg gehen wollte. Nicht zuletzt steht auch noch Indien vor der Tür, das von einigen als Vermittler zwischen den widerstreitenden Interessen gesehen wird. Der Riese aus dem Süden liegt mit Sikkim und dem nördlichen Zipfel Westbengalens zwischen den beiden Verhandlungspartnern und hat selbst mit einer wachsenden nepalesischstämmigen Minderheit in diesen Gebieten zu kämpfen. Eine wirkliche Lösung des Problems der Migration aus Armut und Arbeitssuche wird demzufolge die Klärung der Frage einschließen müssen, ob nicht der in Nordindien weiter lebendigen Forderung nach einem Gorkhaland zumindest teilweise nachgegeben werden kann.